

GROSSER RAT

Sitzung vom 17.11.2020, Art. Nr. 2020-1994, romm/eb

PROTOKOLL

(20.212-1) Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2021–2024; Lohnentscheid; Festlegung der Kantons-, Spital- und Finanzausgleichssteuer; Budget 2021; Beschlussfassung; Planjahre 2022–2024; Genehmigung

Der Rat fährt fort mit der Behandlung der regierungsrätlichen Vorlage vom 12. August 2020 samt den abweichenden Anträgen der Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen (KAPF) vom 26. Oktober 2020 sowie der Fachkommissionen. Der Regierungsrat stimmt diesen Änderungsanträgen teilweise zu. Sprecher der KAPF ist Kommissionspräsident Ralf Bucher, Mühlau. Die KAPF beantragt Beschlussfassung gemäss ihren Anträgen.

Detailberatung (Fortsetzung)

Hauptanträge (gemäss Botschaft bzw. Synopse)

Antrag 2 gemäss Botschaft (Steuern)

Namens der Grünen Fraktion beantragt Robert Obrist, Schinznach, für das Budget 2021 die ordentliche Kantonssteuer auf 94 % zu belassen.

Gegenüberstellung

Antrag Obrist (Kantonssteuer 94 %):	38 Stimmen
Fassung Regierungsrat (Kantonssteuer 93 %):	90 Stimmen
Enthaltung	1 Stimme

In der Hauptabstimmung wird die Fassung des Regierungsrats mit 96 gegen 29 Stimmen (2 Enthaltungen) gutgeheissen.

Departement Finanzen und Ressourcen

AB 410 Finanzen

Die Kommission KAPF beantragt im Einvernehmen mit dem Regierungsrat, den Saldo LUAE wie folgt anzupassen (Kommentar: Um 6.492 Millionen Franken geringere Entnahme aus der Ausgleichsreserve zum Ausgleich des Budgets für das Jahr 2021 nach den Detailberatungen der Fachkommissionen und der KAPF; verbunden mit der dadurch einhergehenden Verschlechterung des Saldos LUAE.):

(Angaben in tausend Franken)

Reduktion Ertragsüberschuss um 6'500 (2021); gerundet

Der Antrag wird in der Abstimmung mit 114 gegen 13 Stimmen (2 Enthaltungen) gutgeheissen.

Im Übrigen Zustimmung zu AB 410.

Antrag 3 gemäss Botschaft (Budget 2021)

Antrag 3 wird in der Schlussabstimmung mit 97 gegen 31 Stimmen (2 Enthaltungen) gutgeheissen.

Antrag 4 gemäss Botschaft (Planjahre)

Antrag 4 wird in der Schlussabstimmung mit 72 gegen 55 Stimmen gutgeheissen.

Beschluss:

1.

Für das Budget 2021 wird die durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Löhne auf 0,0 % festgelegt.

2.

Für das Budget 2020 wird die ordentliche Kantonssteuer auf 93 %, die Spitalsteuer auf 15 %, der Zuschlag Finanzausgleich für natürliche Personen auf 1 % und für juristische Personen auf 5 % festgelegt.

3.

Das Budget 2021 der 43 Aufgabenbereiche wird – wie aus der Beratung hervorgegangen – beschlossen.

4.

Die Planjahre 2022–2024 der 43 Aufgabenbereiche werden – wie aus der Beratung hervorgegangen – genehmigt.

Edith Saner
Präsidentin

Rahel Ommerli
Ratssekretärin

Verteiler
(5) Departemente
Staatskanzlei
Justizleitung
Generalsekretariat Gerichte Aargau
Beauftragte für Öffentlichkeit und Datenschutz
Abteilung Finanzen
Finanzkontrolle
Abteilung Strategie und Aussenbeziehungen